

GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Schwerpunkt: Weltagrarhandel

Liebe Leserin,
lieber Leser,

immer häufiger wird man derzeit mit Protestaktionen von unzufriedenen deutschen Bauern konfrontiert. Bei den Zuckerrübenbauern ist das Geschrei groß. Der regulierte Zuckermarkt der EU wird neu geordnet, unter anderem sollen die Festpreise für Zucker sinken. Doch dies nutzt weder den Bauern im Norden, noch denen im Süden.

Auch die Milchbauern demonstrieren. Denn die niedrigen Milchpreise decken nicht mal ihre Kosten. Dennoch wird in Deutschland zu viel Milch produziert und – ebenso wie Zucker – mit Hilfe von Subventionen billig exportiert. Diese Dumping-Exporte gehen vornehmlich in Entwicklungsländer, in denen sie die dortigen Preise drücken und das Überleben der Kleinbauern gefährden.

Ein solches agrarpolitisches System, das viel Geld kostet, aber weder den Bauern in Nord oder Süd noch den Verbrauchern nutzt, ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Deshalb setzen wir uns ein für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft mit weltweit fairen Regeln, die sozial und ökologisch ausgewogen ist! Leider gehen die geplanten Reformen in der EU bisher nicht in diese Richtung. Bitte helfen sie uns dabei, dies zu ändern (S.3)!



Ihre Sarah Kahnert
Referentin für Welthandel

„Zucker hilft gegen Armut“

Interview mit Dr. Rudolf Buntzel S. 2

Wütende Milchbauern

Massive Kritik an Exportorientierung der EU-Agrarpolitik S. 3

„Wir sind gute Kämpfer!“

Interview: Brasilianischer Kleinbauer S. 4



Warum ich Germanwatch wichtig finde

Germanwatch ist eine Nichtregierungsorganisation, an der niemand vorbeikommt: Germanwatch rüttelt auf und informiert, Germanwatch hakt nach und fordert Rechenschaft. Eines der wichtigsten Ziele dabei: Die weltweiten Handelsbedingungen zugunsten der benachteiligten Länder verändern. In diesem Anliegen weiß ich mich mit Germanwatch auf derselben Seite – und deshalb bin ich froh, einen so hartnäckigen und auch manchmal unbequemen Mitspreiter zu haben.

Heidmarie Wiczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Fairer Handel statt Almosen!

Geplante Reform der EU-Zuckermarktordnung würde Bauern in Süd und Nord schaden

Im November wird die EU-Kommission über ihre Vorschläge zur Reform der europäischen Zuckermarktordnung entscheiden. Diese sieht unter anderem drastische Preissenkungen um fast 40% vor, die hohe Einkommensverluste für alle Bauern bedeuten, die Zucker in der EU verkaufen – egal ob sie in Europa leben oder in Entwicklungsländern. Die europäischen Bauern sollen dafür erhebliche Ausgleichszahlungen erhalten – im Gegensatz zu ihren Kollegen im Süden.

Vor allem afrikanische Bauern und Bäuerinnen würden zu den großen Verlierern der Reformvorschläge zählen, zum Beispiel in Tansania. Im Norden des Landes wird Zuckerrohr von vielen Kleinbauern gemeinsam mit Tabak, Bananen, Kaffee und Gemüse angepflanzt und zu Zuckerrohrsaft oder Konyagi, einem hochprozentigem Schnaps, verarbeitet. Der Verkauf dieser Produkte ist gerade für Frauen eine wichtige Einkommensquelle.

Besonders der Verkauf von Zuckerrohr an Zuckerfabriken hilft, die Armut in der Region zu verringern. Dies zeigt sich deutlich, seit einige Zuckerfabriken die Produktion wieder aufgenommen haben. Mancherorts beliefern mehr als tausend Kleinbauern eine Fabrik. In Tansania werden mittlerweile jährlich 400.000 Tonnen Zucker produziert – eine Steigerung um 100 Prozent, seit die Privatisierung der Zuckerindustrie vor acht Jahren begann. Der Großteil davon bleibt im Land und deckt den Eigenbedarf Tansanias teilweise ab; rund 22.000 Tonnen werden jährlich in die EU exportiert. Die im Vergleich zum Weltmarktpreis drei- bis viermal höheren Zuckerpreise in der EU bringen den tansanischen Zuckerfabriken wichtige Deviseneinnahmen.

Aus für tansanische Zuckerindustrie?

Doch mit der vorgesehenen drastischen Preissenkung in der EU – von derzeit über 630 Euro auf rund 390 Euro pro Tonne Zucker – würde ein Großteil davon wegfallen. Das Überleben der Fabriken wäre in Gefahr. Einem Hintergrundpapier der EU-Kommission zufolge würden die Reformpläne der Zuckermarktordnung das Aus für die tansanische Zuckerindustrie bedeuten. Denn für den Weltmarkt ist die tansanische Zuckerproduktion im Vergleich zu Ländern wie Brasilien oder Thailand zu ineffektiv und teuer. Und wenn die Zuckerfabriken wieder zumachen, würden Tausende von Kleinbauern, die die Fabriken mit Zuckerrohr beliefern, ihre Existenzgrundlage verlieren.

Ähnlich ist die Lage für Kleinbauern und -bäuerinnen in anderen armen afrikanischen Ländern wie Mosambik und Sambia. Der Export von Zucker in die EU bringt dringend benötigtes Geld ins Land und schafft Arbeitsplätze. Gerade für die ärmsten Länder (viele AKP-



Foto: Christian Klönka

Zucker gegen Armut: Für viele Frauen in Tansania ist der Verkauf von Zuckerrohrprodukten eine lebenswichtige Einkommensquelle.

Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik und die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder (LDCs)) wären die Reformvorschläge deshalb ein herber Rückschlag im Bemühen, die Armut zu bekämpfen und die Industrialisierung der Landwirtschaft zu fördern.

Teure süße Knolle

Zur Zeit hat Rübenzucker am Weltmarkt einen Anteil von 40 Millionen Tonnen – das sind knapp 30% – und dies, obwohl die Produktion im Vergleich zum Zuckerrohr deutlich teurer ist. Möglich machen dies zum einen massive Schutz-zölle gegen die Einfuhr von Rohrzucker, beispielsweise in die EU oder die USA, zum anderen üppige Subventionen für die Produktion von Rübenzucker. So zahlen die EU-Bürger nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes jährlich 6,5 Milliarden Euro an Sub-

ventionen für die europäische Zuckerproduktion – das ist mehr als die gesamte deutsche Entwicklungshilfe.

Allein 5 Millionen Tonnen Rübenzucker kommen jährlich aus der EU auf den Weltmarkt. Dieser EU-Exportzucker könnte auch in Entwicklungsländern produziert werden und dort Arbeitsplätze und Einkommen schaffen. Seit langem fordern Entwicklungsorganisationen wie Germanwatch daher den Stopp des Exports von subventioniertem EU-Zucker. Er wird mithilfe der staatlichen Zuschüsse unter dem Produktionspreis exportiert und drückt den Zuckerpreis auf Märkten in Entwicklungsländern. Dieses Dumping schadet massiv der dortigen Zuckerproduktion. Es würde voraussichtlich auch nach der Reform weitergehen, da bisher keine wesentliche Senkung der Zucker-Überproduktion in der EU vorgesehen ist.

Reform bietet große Chance

Eigentlich bietet die Reform der Zuckermarktordnung eine große Chance: Es könnte eine sozial und ökologisch verträgliche Zuckerwirtschaft in Nord und Süd etabliert werden. Doch die aktuellen Reformvorschläge gehen nicht in diese Richtung. Germanwatch und viele andere Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernorganisationen fordern deshalb dringend wesentliche Änderungen (s. Kasten S. 3). Beispielsweise sollte der Zuckerpreis nur sehr moderat gesenkt werden, dafür aber die Zuckerproduktion in der EU von derzeit 130% des Eigenbedarfs auf unter 90% sinken. Das käme auch einer immer wieder geäußerten Forderung der Entwicklungsländer entgegen: „Wir wollen keine Almosen, sondern gerechte Preise und faire Handelsbedingungen.“

Kerstin Lanje & Ralf Willinger

„Zucker hilft gegen Armut“

Interview mit Dr. Rudolf Buntzel, Beauftragter für Welternährung beim Evangelischen Entwicklungsdienst eed

Herr Buntzel, wie beurteilen Sie die Reformvorschläge der EU-Kommission zur EU-Zuckermarktordnung?

Die EU-Kommission hat sich entgegen den Empfehlungen der Bauern, der NGOs, der Entwicklungsländer und der Zuckerwirtschaft gegen eine direkte Senkung der Zuckerproduktionsmenge entschieden, sondern für eine indirekte Senkung über niedrigere Preise. Das ist eine sehr unsoziale Maßnahme mit dem Ziel, die Zuckerproduktion in der EU konkurrenzfähig zu machen. Es sollen nur noch die Besten übrig bleiben.

Wer sind die Gewinner der Vorschläge? Verlieren werden alle, die an der europäischen Zuckerproduktion beteiligt sind. Relativ ungeschoren kommen aber die europäischen Zuckerkonzerne davon, sie werden voll für Fabrikschließungen kompensiert. Denn für die Rückgabe ihrer

Zuckerquoten wird es attraktive Prämien geben. Dieses „Rauskaufen“ von Zuckerfabriken aus dem Markt werden die Verbraucher mit einer neuen Zuckerabgabe von 4,25 Milliarden Euro bezahlen. Sie müssen dafür aufkommen, dass die Zuckerfabriken in der Vergangenheit maßlos aufgestockt und profitiert haben von den Lücken der Marktordnung.

Und wer sind die eigentlichen Verlierer? Alle Zuckerbauern, egal ob bei uns oder in den Entwicklungsländern, die Handelspräferenzen auf dem europäischen Markt haben, werden durch die gesenkten Zuckerpreise Einkommen verlieren. Die europäischen Zuckerbauern werden dafür mit 1,5 Milliarden Euro entschädigt. Unter den Entwicklungsländern gibt es nur ganz wenige, die künftig weiter nach Europa liefern können. Dazu gehören Äthiopien, Sambia, Mosambik, Malawi oder der Sudan, weil sie eine konkurrenzfähige Zu-

ckerproduktion haben. Alle anderen werden deutliche Verluste haben. So verlieren die AKP-Länder ihre Lieferprivilegien. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sollen zwar innerhalb der „Alles außer Waffen“-Initiative einen zollfreien Zugang zum europäischen Markt ab 2009 bekommen, werden dann aber auch nur die gesenkten Preise erhalten.

Sind Ausgleichszahlungen für Entwicklungsländer vorgesehen?

Die einzuführende Produktionsabgabe auf Zucker soll für AKP-Länder 3 Jahre nicht gelten. Das verschafft ihnen eine kleine Atempause. Außerdem soll es für einige Länder sogenannte „Nationale Aktionspläne“ der EU geben. Die ärmsten Länder, die LDCs, sollen aber bis jetzt nichts bekommen. Wir fordern deshalb, dass sie in das System der Nationalen Aktionspläne eingebunden werden.

Was wäre noch nötig aus Sicht der Kleinbauern in Entwicklungsländern?

Zum einen müssen die Mittel für die Nationalen Aktionspläne erheblich aufgestockt werden - auf mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr. Diese Gelder müssen aus der Zuckermarktordnung heraus finanziert werden und nicht aus dem europäischen Entwicklungsfond. Grundlage für die Nationalen Aktionspläne muss das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards in der Zuckerproduktion sein.

Bringt denn die Produktion von Zucker in Entwicklungsländern den Menschen vor Ort überhaupt etwas?

Ja, definitiv. Sie gibt Bauern und Arbeitern ein Einkommen. Außerdem sind in Afrika die Zuckerfabriken und -plantagen oft staatliche oder halbstaatliche Betriebe. Diejenigen, die ich dort kürzlich bei Reisen in Uganda, Tansania und Mosambik gesehen habe, investieren in Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser, so dass die ganze Region davon profitiert. Hier findet Entwicklung statt, wir waren begeistert. Zucker hat in Afrika eine echte arbeitsbekämpfende Wirkung.

Was für Alternativen zum Export des Zuckers nach Europa haben die Entwicklungsländer?

Sie können ihre eigenen Märkte mit Zucker versorgen. Die meisten Länder Afrikas schaffen das nicht, zum Teil weil subventionierter Importzucker aus der EU billiger ist. Diese Dumpingexporte aus der EU müssen aufhören.

Welche Maßnahmen würden Zuckerbauern in Nord und Süd nutzen?

Erstens hohe Preise – aber die sollen ja jetzt leider gesenkt werden. Zweitens müssen alle Länder - egal ob in Europa oder den Entwicklungsländern - weiter das Recht haben, Zölle auf importierten Zucker zu erheben, um die eigene Produktion zu schützen. Drittens muss sich die europäische Zuckerwirtschaft komplett vom Weltmarkt als Exporteur zurückziehen. Viertens sollten die LDC-Länder mengenmäßige Vorgaben bekommen, wie viel sie nach Europa exportieren dürfen. Fünftens sollten die europäischen Zuckerkonzerne wie Nordzucker und Südzucker direkt in den LDC-Ländern investieren. Dann könnten sie dort zeigen, wie man moderne Plantagen und Fabriken betreibt und dabei Sozial- und Umweltstandards achtet. Sie könnten mit gutem Beispiel vorangehen, statt immer nur gegen diese Standorte zu polemisieren.

Das Interview führten Sarah Kahnert & Ralf Willinger



Zuckerrübenberge: Die satten Produktionsüberschüsse der EU landen oft in Entwicklungsländern.

„Es gibt eine bessere Lösung“

Interview mit Dr. Dieter Langendorf, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker

Herr Langendorf, wie beurteilen Sie die Reformvorschläge der EU-Kommission zur EU-Zuckermarktordnung?

Die Vorschläge sind sowohl aus Sicht der europäischen Zuckerwirtschaft als auch aus Sicht zahlreicher Entwicklungsländer unbefriedigend und verbesserungsbedürftig. Zuckerwirtschaft, Arbeitnehmer und Entwicklungsländer haben konstruktive Vorschläge vorgelegt, mit denen die Reform zu einem Erfolgsmodell im Nord-Süd-Dialog hätte werden können.

Wie wird sich die Reform in Europa, in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen auswirken?

Der europäische Zuckerrübenanbau wird voraussichtlich um etwa 40 % zurückgehen. In Deutschland wird dafür mehr Getreide angebaut werden. Zahlreiche Zuckerfabriken in Europa werden schließen,

viele tausend Arbeitsplätze werden verloren gehen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird sich beschleunigen, auch in Nordrhein-Westfalen. Die EU wird sich mit dieser Reform von einem Selbstversorger und Nettoexporteur bei Zucker zu einem Nettoimporteur entwickeln.

Entwicklungsorganisationen wie Germanwatch fordern eine Senkung der Zuckererzeugung in der EU von derzeit 130% des Eigenbedarfs auf deutlich unter 90%. Was halten Sie davon?

Die Zuckerwirtschaft ist bereit, die europäische Zuckererzeugung in einem gewissen Umfang zu reduzieren, um Raum zu schaffen für Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern. In Verbindung mit einer moderaten Preissenkung wäre dies ein Weg, der auch im Interesse der am wenigsten entwickelten Länder und der AKP-Staaten läge.

Welche Maßnahmen würden sowohl den Zuckerbauern in der EU als auch Kleinbauern in Entwicklungsländern nutzen?

Ganz klar: Eine Einbeziehung der Lieferungen der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in das Mengenmanagement der Zuckermarktordnung bis 2019, wie dies die Zuckerwirtschaft und die Regierungen dieser Länder fordern. Dadurch könnten die europäischen Zuckerpreise auf einem Niveau bleiben, das für Produzenten im Süden und in der EU kostendeckend ist. Die Zuckerwirtschaft in den am wenigsten entwickelten Ländern müsste sich gleichzeitig verpflichten, mit ihren Zuckerrohrpflanzern Lieferverträge zu Mindestpreisen abzuschließen. Außerdem müssten soziale und ökologische Standards beachtet werden. Das wäre mit Sicherheit die bessere Lösung.

Das Interview führten Kerstin Lanje & Ralf Willinger

Glossar

AKP-Staaten – 78 ehemalige europäische Kolonien aus Afrika, Karibik und Pazifik, die bevorzugte Handelsbedingungen mit der EU haben.

LDCs (Least Developed Countries) Die 50 weltweit ärmsten, „am wenigsten entwickelten“ Länder. Ab 2009 dürfen sie innerhalb der „Alles außer Waffen“-Initiative zollfrei Zucker in die EU liefern

Dumping - „Verkauf von Produkten auf dem Weltmarkt unterhalb der Produktionskosten im Herstellungsland“ (Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT). Oft ist dies möglich aufgrund von staatlichen Subventionen im Herstellungsland. Dumping verzerrt den Wettbewerb. Produzenten, die keine Subventionen erhalten, werden vom Markt verdrängt. Im Weltagrarhandel sind dies oft Bauern in Entwicklungsländern.

Export-Irrsinn stoppen

Ein Kommentar zur europäischen Agrarpolitik

Über die EU-Agrarsubventionen wird wieder heftig gestritten – nicht erst seit Tony Blair eine drastische Senkung gefordert hat. Mithilfe der Subventionen werden in der EU bergeweise Überschüsse produziert und zu Billigpreisen in alle Welt exportiert – Zucker, Milch, Geflügel, Getreide.

Die Folgen sind absurd: In Ladenregalen in den ärmsten Ländern Afrikas oder Asiens stapeln sich billiges europäisches Milchpulver oder Zucker, obwohl im eigenen Land beste Bedingungen für Milchwirtschaft oder den Anbau von Zuckerrohr herrschen. Doch die einheimischen Bauern können mit den Dumpingpreisen der EU nicht mithalten und werden vom eigenen Markt verdrängt. Sie verarmen oder flüchten in die Städte, die ländlichen Gebiete bluten aus.

Zur Zeit besteht die große Chance, diesen Export-Irrsinn zu stoppen: Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU wird seit 2003 wieder reformiert. Doch bisher bleibt die EU stur auf Expansionskurs, die Agrarexporte sollen zunehmen, die Gewinne der Agrarindustrie steigen. Das Beispiel Milch zeigt dies deutlich. Die Preise sollen fallen, die produzierte Milchmenge wird über eine Quotenaufstockung noch erhöht. Und dies, obwohl die meisten

europäischen Milchbauern schon heute nicht mehr wissen, wie sie mit den niedrigen Preisen wirtschaften sollen. Die Demonstrationen von Milchbauern vor Molkereien und Discountern haben dies deutlich gezeigt. Einzig rationalisierte Großbetriebe können diesem Preisdruck standhalten. Sie sind die Gewinner dieser Politik. Umweltgerechtes Wirtschaften und der Erhalt von Arbeitsplätzen bleiben auf der Strecke. Eine solche Agrarpolitik, die billige Überschüsse für den Export statt hochwertige Nahrungsmittel für den eigenen Markt fördert, schadet den europäischen Bauern ebenso wie ihren Kollegen in Entwicklungsländern. Ebenso wenig ist sie im Sinne der Verbraucher. Sie dient nicht den Interessen der Menschen, sondern den großen Agrarunternehmen.

Statt ihre verfehlte, exportorientierte Agrarpolitik fortzusetzen, muss die EU endlich umdenken und ihre Chance nutzen: In Zukunft sollte sie bäuerliche Produktionsweisen unterstützen, die sozial- und umweltverträglich sind. Sie soll Qualitätsprodukte für den europäischen Markt fördern statt billige Überschüsse für den Weltmarkt. Das wäre eine Agrarpolitik im Sinne der Menschen - im Norden wie im Süden.

Sarah Kahnert

Die Zukunft des Zuckers

Germanwatch startet Dialogprojekt zur Reform der EU-Zuckermarktordnung

Gemeinsam mit über 50 Fachleuten, Politikern und Wissenschaftlern hat Germanwatch am 21. September mit einer Fachtagung im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf das Dialogprojekt mit dem Titel "Süßer Sprengstoff für die entwicklungspolitische und ökologische Debatte" gestartet, das von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung finanziert wird. Die Teilnehmer diskutierten über die Reform der EU-Zuckermarktordnung, deren Folgen für Zuckerbauern in Europa und den Ländern des Südens und darüber, wie die Zuckerpolitik sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann. Erstmals nahmen Botschafter von Entwicklungsländern, Vertreter von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, von Rübenbauern und der Zuckerindustrie, von Landes- und Bundesregierung, der EU-Kommission und der UN-Millenniums-kampagne, Bundes-, Landes- und EU-Politiker, Gewerkschafter sowie Umwelt- und Agrarwissenschaftler gemeinsam an einer solchen Fach-

tagung zur Zuckerpolitik teil, konnten sich kennen lernen und Fachwissen und Meinungen austauschen.

„Die Stimmung war sehr offen und konstruktiv, wir sind sehr zufrieden“, zog Projektleiterin Kerstin Lanje von Germanwatch Bilanz. „Damit sind wir einem der Hauptziele des Projektes einen ersten Schritt näher gekommen: dem Dialog zwischen allen Betroffenen und Gruppierungen, die zu einer nachhaltigen, gerechten Zuckerpolitik beitragen können.“

Alternative Biosprit?

Ziel des Dialogprozesses ist die gemeinsame Erarbeitung einer tragfähigen, entwicklungs-, umwelt- und agrarpolitisch nachhaltigen Position zur Reform der Zuckermarktordnung, die in die Verhandlungen eingebracht und den politischen Reformprozess begleiten soll. So sollen beispielsweise alternative Anbaumöglichkeiten für die hiesigen Landwirte und alternative Verwendungsmöglichkeiten von Zucker - beispielsweise zur Herstellung von Bioethanol

- geprüft werden. Nordrhein-Westfalen bietet sich als Pilotregion an, da es eines der größten zuckerrübenanbauenden Länder in Deutschland ist. Bis zum Projektende im August 2006

sollen verschiedene Studien erstellt werden und weitere Dialogrunden stattfinden.

Dörte Bernhardt, Ines Heisterkamp

Kontakt & Informationen: Kerstin Lanje, Germanwatch-Projektleiterin, 0228 / 60492-15, lanje@germanwatch.org, www.germanwatch.org/zucker.htm



Foto: Ralf Willinger

„Zuckerrohrsaft, frischgepresst!“ Auch auf Kuba ist der süße, grünliche Saft sehr beliebt.

Für einen gerechten Zuckermarkt!

Position von Germanwatch zur Reform der EU-Zuckermarktordnung

1. Der Marktzugang zur EU für die AKP-Staaten (Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) muss verbessert werden; die Quoten der Länder müssen nach entwicklungspolitischen Gesichtspunkten neu verteilt werden.
2. Die vorgesehenen finanziellen Mittel für die AKP-Staaten müssen deutlich aufgestockt werden: Alleine um Verluste durch die Reformen auszugleichen, sind 500 Millionen Euro pro Jahr nötig.
3. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) müssen unbedingt in die Unterstützungsprogramme (sogenannte Nationale Aktionspläne) integriert werden und finanzielle und technische Hilfe bekommen.
4. Alle bevorzugten Lieferrechte und Fördermittel müssen strikt an soziale und ökologische Mindestbedingungen geknüpft werden.
5. Die Zuckererzeugung in der EU muss deutlich unter 90 % des Binnenverbrauchs sinken durch die Kürzung der vorhandenen Quoten.
6. Das Preis-Dumping auf dem Weltmarkt durch das Exportieren von direkt oder indirekt subventioniertem EU-Billig-Zucker muss gestoppt werden.
7. Der in der EU geltende feste Mindestpreis für Zucker darf gar nicht oder nur moderat gesenkt werden.
8. Als Ausgleich für die Quotensenkung der Rübenbauern sollen die Zuckerrübenflächen in die entkoppelten Flächenprämien einbezogen werden.
9. Es müssen entwicklungspolitisch sinnvolle Maßnahmen zur Vermeidung von Dreiecksgeschäften (über nicht begünstigte Drittländer) zwischen den Entwicklungsländern getroffen werden.

Wütende Milchbauern

Massive Kritik an Exportorientierung der EU-Agrarpolitik

„Faire Milchpreise in Nord und Süd“ – aber wie? Darüber diskutierten Anfang Juli knapp 200 Bauern bei einer Podiumsdiskussion in Betzigau im Allgäu, die von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) veranstaltet wurde. Viele waren aufgebracht über die Milchpolitik der EU: Der Milchpreis ist mittlerweile soweit gesunken, dass die Bauern im Durchschnitt nicht einmal ihre Kosten decken können. Aber die Marschroute der EU ist klar: Die Milchpreise sollen runter und die Milchmengen rauf. Angepeilt wird das Weltmarktniveau, um weiter und noch mehr exportieren zu können.

Besonders laute Proteste gab es, als Hubert Dennenmoser, Geschäftsführer des Allgäuer Emmentalerwerks

Kimratshofen, à la EU-Kommission prognostizierte, dass so "50 bis 60 Prozent der Milchviehhalter aufgeben werden müssen". "Wachsen oder Weichen" sei die vorgegebene Devise. Damit waren Hans Foldenauer (Vorsitzender des Bundes Deutscher Milcherzeuger, BDM) und Maria Heubuch (Bundesvorsitzende der AbL) ganz und gar nicht einverstanden. Beide setzten sich vehement für höhere Preise und eine Mengenbegrenzung bei der Milchproduktion ein. Nur so könnten die Betriebe wieder kostendeckend wirtschaften und bäuerliche Strukturen erhalten werden.

Heubuch forderte eine Rückorientierung auf die eigenen Märkte und eine Abkehr von der exportorientierten Politik der EU. Michael Windfuhr, Vorstandsvorsitzender von Ger-

manwatch, stimmte zu. Er wies auf die fatalen Folgen der EU-Agrarpolitik im Süden hin: "Die subventionierten EU-Exporte drücken in vielen Entwicklungsländern die Preise der heimischen Produkte. So verdienen die dort lebenden Bauern noch weniger als sowieso schon, viele verarmen und können ihre Familie nicht mehr ernähren", so Windfuhr. Auch im Publikum waren viele Bauern der Meinung, dass in der EU weniger Milch produziert werden müsste. Deshalb sollten die Bauern ihre Kräfte bündeln und gemeinsam Druck ausüben, so das Resümee. Denn ein großes gesellschaftliches Bündnis hätte größere Erfolgchancen im Kampf für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit!

Sarah Kahnert

Fairer Handel statt Almosen! Helfen Sie mit!



Im November wird die EU-Kommission voraussichtlich über die Reform der Zuckermarktordnung entscheiden. Die vorgesehene Senkung des Zuckerpreises in der EU würde besonders Kleinbauern in den ärmsten Entwicklungsländern hart treffen. Gleiches gilt für die hochsubventionierte Überproduktion von Zucker in der EU: Es ist zu befürchten, dass mithilfe europäischer Steuergelder weiter Billigzucker in Entwicklungsländer exportiert wird und dort die Zuckerpreise drückt.

Diese Politik schadet Bauern im Süden wie im Norden und nutzt vor allem der Zuckerindustrie.

Darum fordert Germanwatch in einem Brief an die EU-Kommissare unter anderem:

- einen besseren Marktzugang zur EU für den Zucker aus Entwicklungsländern (AKPs & LDCs) sowie finanzielle und technische Hilfe für diese Länder
- Senkung der EU-Zuckerproduktion unter 90% des Eigenverbrauchs
- Stopp des Exports von direkt oder indirekt subventioniertem EU-Billig-Zucker
- faire Zuckerpreise, damit Bauern im Süden und im Norden überleben können

Protestieren auch Sie!

Schicken auch Sie einen Brief an die EU-Kommissionsmitglieder!

Einen Musterbrief und weitere Infos unter www.germanwatch.org/zucker.htm oder telefonisch unter 0228 / 60492-15

Ja, ich möchte Germanwatch finanziell unterstützen.

- Ich werde Förderer von Germanwatch (Mindestbeitrag 5€Monat) mit einem Jahresbeitrag von _____Euro.
- Ich spende Germanwatch einmalig/jährlich _____Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von _____Euro monatlich/jährlich von meinem Konto ab.

Geldinstitut:

BLZ:

Konto-Nr.:

Datum/Unterschrift:

Name:

Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Tel./Fax:

E-Mail:

Bitte ausfüllen und einschicken an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres.

Vielen Dank!

Für fairen Zucker!

TERMINE

- **Mainz, 30.9.-3.10.05: Jugendumwelttage 2005**, mit GW-Workshop (Flugverkehr und Klimawandel). www.jugendumwelttage.de
- **Neuss, 21.-22.10.05: Fair Future?** Konferenz & Fairhandelsmesse, www.eine-welt-netz-nrw.de/html/fair/K05/K05_index.php
- **Bonn, 22.10.05, 11-17 h: Tag der Vereinten Nationen**. Mit GW-Stand. Ort: Marktplatz.
- **Emden, 27.10.05, 17-19 h: Wie die Titanic umlenken? - Klimaschutz im Alltag**. Vortrag von Dr. Manfred Treber. Ort: FH Oldenburg, Standort Emden.
- **Bad Boll, 10.-11.11.05: Konferenz „Warmlaufen für die zweite Runde. Der Nationale Allokationsplan für den Emissionshandel 2008-2012 in Deutschland“**. Veranstalter: Ev. Akad. Bad Boll, BUND, Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch, WWF. Kontakt: Christoph Bals, bals@germanwatch.org, Tel. 0228 / 60492-17
- **Bonn, 18.11.05: Konferenz „Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung“**. Kontakt: Sven Anemüller, anemuller@germanwatch.org, Tel. 0228 / 60492-22

www.germanwatch.org/termine

Impressum

Herausgeber:
Germanwatch e.V.
Büro Berlin: Voßstr.1
10117 Berlin
Tel.: 030/2888 356-0
FAX: 030/2888 356-1

Büro Bonn: Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/60492-0
FAX: 0228/60492-19

Redaktion:
Dörte Bernhardt,
V.i.S.d.P.
Ralf Willinger

Layout: Voß/Sievers

Auflage: 97.000

Homepage: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Diese Ausgabe wurde gefördert durch die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

„Wir sind gute Kämpfer!“

Interview mit brasilianischem Kleinbauern und Gewerkschafter

AItemir Tortelli, 40, bewirtschaftet mit einer kleinen 3-Familien-Kooperative 18 Hektar Land in Rio Grande do Sul im Süden Brasiliens. Er baut für den Eigenbedarf Früchte und Gemüse an, hat ein paar Hühner und sieben Kühe. Für die meisten Feldarbeiten spannt er die Rinder ein. Tortelli ist seit 1988 in der Gewerkschaft CUT aktiv und hatte dort auch schon nationale Ämter inne. Seit zwei Jahren ist er Leiter der Familien- und Kleinbauerngewerkschaft FETRAF-Sul.

Herr Tortelli, wie leben Kleinbauern im Süden Brasiliens?

Wir haben die Strategie, so autonom wie möglich zu sein. Deshalb produzieren wir möglichst viele Lebensmittel selber. So bleibt Geld übrig für andere Dinge wie die Ausbildung unserer Kinder. Auch unsere Milchproduktion ist möglichst kostengünstig. Unsere Kühe geben zwar nicht so viel Milch, nur 15 bis 20 Liter am Tag. Dafür kosten sie uns auch sehr wenig, weil sie auf der Weide stehen und wir kaum zufüttern.

Wirkt sich die Agrarpolitik der EU auf Ihren Betrieb aus?

Wir wissen, dass billiges Milchpulver aus Europa über Argentinien und Uruguay nach Brasilien gebracht wird. Das darf nicht passieren. Es ist ungerecht, wenn zu uns Produkte kommen, die mithilfe von staatlichen Zuschüssen so billig sind, dass sie unsere Preise ruinieren. Wir Kleinbauernfamilien sind als erste betroffen. Vor kurzem ist hier der Milchpreis innerhalb von drei Monaten von 60 Centavos auf 30 Centavos gefallen. Da kamen viele Bauern verzweifelt zu uns in die Gewerkschaft und wussten nicht, was sie machen sollten.

Wer ist Mitglied Ihrer Gewerkschaft? In unserer Gewerkschaft FETRAF-Sul

sind etwa 100.000 Kleinbauernfamilien organisiert. Davon betreiben etwa ein Drittel Subsistenzwirtschaft und der Rest verdient ungefähr 1000 bis 2500 Reais im Monat (1 Real (100 Centavos) = 0,36 Euro).

Lehnen Sie staatliche Subventionen an Landwirte prinzipiell ab?

Nein. Es ist legitim, dass Staaten ihre familiäre Landwirtschaft unterstützen und schützen, die für den eigenen Markt produziert. Eine komplette Liberalisierung wollen wir nicht, die nützt den Armen nichts, sie werden nur noch ärmer. Sie bringt weder den Bauern in Brasilien noch denen in Europa irgendwas. In Brasilien gibt es einen großen Widerspruch: Das Agrobusiness exportiert in alle Welt Kaffee, Zucker und Soja, und die Hälfte der Brasilianer leidet Hunger. Dies ist das absurde Ergebnis des Modells der Kommerzialisierung der Landwirtschaft, das die WTO propagiert.

Was sind die Folgen dieser Kommerzialisierung der brasilianischen Landwirtschaft?

Je mehr die Agrarindustrie hier wächst, je mehr Soja im Zentrum-Westen und Norden Brasiliens angebaut wird, umso mehr Kleinbauernfamilien werden vertrieben, das sind Hunderttausende. Viele werden ermordet. Dieses Modell des Marktes, des Agrobusiness, das nutzt nur den Mächtigen, die dadurch noch mächtiger werden. In der Regierung Lula gibt es Verfechter dieses Modells wie Landwirtschaftsminister Roberto Rodriguez und den Minister für Industrie und Handel. Es gibt aber auch Gegner, wie den Minister für landwirtschaftliche Entwicklung, Miguel Roseto oder den Umweltminister, das sind unsere Verbündeten. Aber die Macht der brasilianischen Agrarwirtschaft ist groß. Es ist ein Kampf gegen einen Giganten. Aber wir sind gute Kämpfer!

Wie sehen Sie die Bauern in Europa?

In Brasilien wie in Europa versuchen uns manche einzureden, es gäbe einen Kampf des Nordens gegen den Süden. Wir haben gezeigt, dass es



nicht so ist. Es ist ein Kampf der Großen gegen die Kleinen, der Agrarindustrie gegen die Kleinbauern. Wir Kleinen müssen uns zusammenschließen. Und wir müssen die Verbindungen mit unseren Freunden in Europa, den USA, Afrika und Asien intensivieren und strategische Allianzen bilden. Wir Bauern müssen uns international verbünden und gemeinsam kämpfen!

Das Interview führte Ralf Willinger

„Wir brauchen faire Preise!“

Interview mit deutschem Milchbauern

Jochen Wack, 25 Jahre alt, ist diplomierter Agraringenieur und Milchbauer im Saarland. Gemeinsam mit seinen Eltern bewirtschaftet er einen 130 Hektar großen ökologischen Milchvieh- und Ackerbetrieb (Bioland) mit 55 Kühen, 25 Mutterschafen, 2 Schweinen und einem Hofladen. Seit kurzem ist er Anteilseigner einer Molkerei.

Herr Wack, wie beurteilen Sie die vorgesehene Reform zur EU-Milchmarktordnung?

Die Reform hat keine positiven Auswirkungen für uns Milchbauern. Die Preise bleiben nach wie vor katastrophal niedrig. Derzeit müssen wir die Ausgaben soweit wie möglich reduzieren. Der alte Traktor wird so lange gefahren, bis er auseinander fällt. Um unsere Milch besser vermarkten zu können, haben wir uns vor kurzem entschieden, eine Molkerei (GmbH) zu gründen. Bisher konnten wir keine Biopreise für unsere Milch bekommen. Mit der Molkerei wird sich das ändern, dann be-

kommen wir wenigstens 35 Cent statt 25 Cent pro Liter.

Was für agrarpolitische Maßnahmen würden ihre Lage verbessern?

Endlich faire Preise, das wären 50 Cent pro Liter Milch. Und ein verpflichtender Milchpreis, unter dem die Discounter und der Einzelhandel nicht verkaufen dürften.

Wie sehen Sie Bauern in Entwicklungsländern?

Sie sind arm dran und leiden ebenfalls unter den niedrigen Weltmarktpreisen, so wie die europäischen Bauern. Um faire Preise für Bauern zu unterstützen, kaufe ich fairgehandelten Kaffee. Besonders wichtig ist für alle Bauern, egal ob in Europa oder in Entwicklungsländern, dass ein wirksamer Außenschutz weiter erlaubt ist: Jedes Land muss seinen eigenen Agrarmarkt schützen können, beispielsweise mit Importzöllen.

Das Interview führte Sarah Kahnert.



Bestellen: Neue Publikationen

Alle hier gelisteten Publikationen können Sie bei den Internet-Links kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen (zuzüglich 2 Euro Versandkostenpauschale). Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung bei:

versand@germanwatch.org, oder telefonisch unter 0228/60492-0

- Studie: Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer: 3 Euro. www.germanwatch.org/tw/sdt05d.htm
- Studie: Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus Sicht von bäuerlichen Organisationen in Nord und Süd: 8 Euro. www.germanwatch.org/tw/milch.htm
- Hintergrundpapier: EU-Agrarsubventionen und ihr Verhältnis zum WTO-Agrarabkommen: 5 Euro. www.germanwatch.org/tw/euawto05.htm
- Hintergrundpapier: Kritik und Zusammenarbeit. Eine NRO-Strategie zum Umgang mit Unternehmen in der Nord-Süd-Politik: 3 Euro. www.germanwatch.org/pubdiv/nro05.htm
- Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen. Erweiterte Dokumentation der Tagung vom 12.11.04. 10 Euro. Inhaltsverzeichnis unter: www.germanwatch.org/tw/kw-mue05.htm
- Hintergrundpapier: Frischer Wind bei Klimarisiken und -chancen. Finanzmarkt drängt Unternehmen zum Handeln: kostenlos. www.germanwatch.org/rio/si05hg.htm
- Positionspapier: Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Werttreiber. Corporate Governance, Unternehmensverantwortung und Berichterstattung: kostenlos. www.germanwatch.org/rio/si05pos.htm
- „Ethanol aus Zucker? Aus ökologischer und sozialer Perspektive“ Dokumentation der Veranstaltung im Rahmen der „Aktionstage Ökolandbau NRW“ in Bielefeld am 28. Juni 2005: 5 Euro
- Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten: Einzel Exemplare kostenlos www.germanwatch.org/rio/klima05.htm

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße.....

PLZ, Ort

Tel./Fax:.....

E-Mail:.....

An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
bzw. formlose E-Mail an: versand@germanwatch.org



Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die sogenannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen. Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Weitere Informationen unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,44 Euro in Briefmarken beilegen):

Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin, oder Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500),
Aus dem Ausland: BIC/Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00